

Antrag

der Abgeordneten **Florian Ritter, Helga Schmitt-Bussinger, Franz Schindler, Horst Arnold, Inge Aures, Reinhold Perlak, Dr. Christoph Rabenstein, Harald Schneider, Stefan Schuster, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Franz Maget, Markus Rinderspacher SPD**

Bericht der Staatsregierung über Verbotsbemühungen des Freien Netzes Süd (FNS)

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit ausführlich über den Stand ihrer Bemühungen zum Verbot der neonazistischen Organisation „Freies Netz Süd“ (FNS), seiner Mitgliedsorganisationen und der „Bürgerinitiative Soziales Fürth“ (BSF) gemäß Beschluss des Landtags (Drs. 16/12403) zu berichten.

Begründung:

Am 26. April 2012 hat der Landtag beschlossen (vgl. Drs. 16/12403), dass die Staatsregierung aufgefordert wird, alle Möglichkeiten des Vereinsrechts auszuschöpfen, das „Freie Netz Süd“ (FNS) zu verbieten, ein Verbot gegen Mitgliedsorganisationen des FNS zu prüfen und wenn möglich einzuleiten und die Tarnorganisation des FNS „Bürgerinitiative Soziales Fürth“ (BSF) ebenfalls zu verbieten.